

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

45 (17.4.1947)

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 1b-3, Tel. 461/33. Ausgaben für Karlsruhe, Rhe- und Pfalz (Ebersteinstr. 19) u. für Bruchsal, Friedrichstr., Kauth, Schardt.



Karlsruhe, Donnerstag, 17. April 1947 Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monats-Bezugspreis RM 2.30, Post- bezug RM 2.80 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zelle RM 2.-; Ausg. Pforzh. RM 1.-, Amtl. Anz. d. Hälfte.

NEUESTE NACHRICHTEN

Die Ernährung des deutschen Volkes liegt nur bei den deutschen Behörden

General Clay nimmt zu den drängenden Fragen des Tages Stellung

W.S. Die Pressekonferenz, die General Clay gestern in Frankfurt a. M. abhielt, brachte einige Erklärungen von grundsätzlicher Bedeutung. Sie erhielt durch die klare und entschiedene Formulierung General Clays besonderes Gewicht. Zu oft hört man angesichts der schwierigen Ernährungslage Ausprüche über unzureichende Versorgung, die mit dem Unterton mehr oder weniger starken Vorwurfs an die Adresse der Besatzungsmacht gerichtet werden. Als sei diese verpflichtet, Lebensmittel bereitzustellen. Eine nicht nur naive, sondern auch gelinde gesagt sehr törichte Auffassung. Wann hat es in der Geschichte ein Beispiel dafür gegeben, daß der Sieger aus dem besetzten Lande nicht nur seine Besatzungstruppe nicht ernährt, sondern dem Besiegten in einem Umfang Hilfe leistet, der rund 40 Prozent seines Mangels an wichtigsten Nahrungsmitteln deckt. Man sollte dankbarer sein bei uns, man sollte aus solcher Dankbarkeit die Verpflichtung mit Selbstverständlichkeit ableiten, alles aus eigenen Kräften zu tun, was nur irgend möglich ist, die heimischen Versorgungsquellen voll zu erschließen, die Ablieferungsquoten voll aufzubringen, die Verteilung aufs gerechteste vorzunehmen. Wie sehr es daran vielfach noch fehlt, namentlich in der britischen Zone, wissen wir. General Clay stellte fest, daß die Verantwortung für die Ablieferung der Produkte sowie für die Verteilung ausschließlich bei den deutschen Behörden liegt, daß die Ver. Staaten keinerlei Verpflichtung zur Hilfe haben, trotzdem aber laufend große Mengen von Nahrungsmitteln nach Deutschland einführen. Setzen wir hinzu: diese Einfuhren werden Deutschland kreditiert, vorerst einmal auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers. Was Deutschland bisher von diesen Lebensmittelpartnern, dazu noch von Rohstoffzufuhren durch Exporte gedeckt hat, stellt nur einen kleinen Bruchteil des Einfuhrwertes dar. Die Brüche sind tragisch, aber wahr, daß der deutsche Kontroll- und Verteilungsapparat in manchen Gebieten nicht so funktioniert, wie es sein müßte. Darin liegt eine sehr ernste Gefahr. Denn man darf sich nicht darüber täuschen: In der Welt ist es nicht alles, was in unseren Kräften liegt, werden die USA eines Tages die Konsequenz in Form verringertener Hilfe ziehen.

Beklagen wir uns dann nicht, richten wir dann die Vorwürfe an die richtige Adresse. Und der kleine Mann vergesse nicht, daß das Wahre ihm das Mittel in die Hand gibt, denen sein Vertrauen zu entziehen, die mehr oder weniger versagt haben. Wir pflichten General Clay bei, daß die Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt und Behörden viel zu wünschen übrig läßt. Wenn auch Württemberg-Baden eine in vielen rühmliche Ausnahme bildet, es liegt an jedem einzelnen, für Abstellung der unstrittig vorhandenen Mängel zu sorgen. Die in Frankfurt a. M. gegebene Anregung, die Gewerkschaften in die Kontroll- und Verteilungsapparatur einzuschalten, sollte befolgt werden. General Clay sagte hierzu, es läge an den Gewerkschaften, solche Forderung zu erheben. Lehne ein

Stassen interviewt Stalin

Moskau, 16. April (dena-Reuter). Der republikanische US-Präsidentenwahlkandidat Harold Stassen erklärte am 14. April, Generalissimus Josef Stalin habe ihn in einem privaten Interview wenig Hoffnung gemacht, daß die Sowjetunion ihre Pressezensur abschaffen werde. Er machte keine Angaben über den politischen oder wirtschaftlichen Inhalt seiner Unterredung mit Stalin, sondern machte lediglich mit dem Titel seines Interviews eine Ausnahme, der sich mit der Frage der Pressezensur beschäftigte. Stassen sagte: „Die Presse, der Außenhandel und der kulturelle Austausch sind Gebiete, auf denen zwei Systeme Wege der Zusammenarbeit finden müssen, um ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.“ Stalin erwiderte: „Das ist wahr.“ Stassen sagte: „Ich halte es für die beste Grundlage, für eine Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis unserer beiden Völker, wenn die Berichte ohne Zensur veröffentlicht würden.“ Stalin erwiderte: „Es wird in unserem Land schwierig sein, die Pressezensur aufzuheben.“

Lösung des Kohlenproblems abhängig von der Planung in allen vier Zonen

Erklärung des Außenministers Marshall zur deutschen Kohlenfrage

Moskau, 16. April (dena-OANS). Eine grundsätzliche Erklärung über die deutsche Kohlenfrage wurde am 15. April von dem amerikanischen Außenminister Marshall dem Außenministerrat abgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der Bericht des alliierten Kontrollrats für Deutschland über die Förderung und Verteilung der deutschen Kohle weist klar auf die Lebensnotwendigkeit für eine wirtschaftliche Einheit hin. Solange Deutschland in Zonen aufgeteilt ist, ruht die Verantwortung für die Förderung und die Verteilung von Kohle sowie die aller anderen Hilfsquellen weiter bei den verschiedenen Zonenbefehlshabern. Nur wenn Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit behandelt wird, können unsere gemeinsamen Bemühungen zu einer wirkungsvollen Lösung des Kohlenproblems in Deutschland führen.“

Sowjetischer Vertragsentwurf

Moskau, 16. April (dena-Reuter). Ein sowjetischer Entwurf für einen Vertrag zur Entmilitarisierung Deutschlands und zur Verhütung einer deutschen Aggression wurde am 15. April von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass veröffentlicht. Der Entwurf ist im wesentlichen der gleiche wie der von dem damaligen amerik. Außenminister James F. Byrnes 1946 vorgebrachte Plan.

Marshall konferiert mit Stalin

Moskau, 16. April (dena-INS). Der amerik. Außenminister Marshall hatte am 15. April eine 90 Minuten dauernde Unterredung mit Generalissimus Stalin, gab jedoch nichts über den Inhalt der Besprechung bekannt. Wie verlautbart, erwartete Marshall von Stalin die Zurücknahme der sowjetischen Einwände gegen den vorgeschlagenen 40-Jahre-Pakt zur Entmilitarisierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie eine Überprüfung der sowjetischen Reparations-Forderungen an Deutschland.

Menschenrechte für Deutsche

Moskau, 16. April (dena-Reuter). Der Sonderausschuß des Außenministerrats der Sowjetunion erklärte, daß die Einigung über die Anweisungen an den Kontrollrat erzielen, in denen die „Menschenrechte“ für die deutsche Bevölkerung festgelegt werden sollen. Die Frage soll dem Außenministerrat wieder zur Erörterung zurücküberwiesen werden. Der Paragraph, über den seit mehreren Tagen diskutiert wird, hat folgenden Wortlaut: Der Kontrollrat soll sicherstellen, daß in jeder zukünftigen Verfassung für Gesamtdeutschland und durch die Oberbefehlshaber der Besatzungszonen die Verfassungen in jedem einzelnen Land eine besondere und wirksame Bestimmung über die Rechte des einzelnen enthalten ist, ungeachtet des Geschlechts, der Sprache oder des Glaubens. Hierzu soll die Freiheit der Religion, Freiheit vor willkürlichen Verhaftungen, Freiheit der Rede und der Versammlung, des Rechts auf Bewegungsfreiheit, sowie die Gleichheit aller vor dem Gesetz und dem Gericht gewährleistet werden.

Schacht war am Mefowechsel beteiligt

Seit 1935 Besprechungen über Aufrüstung — Darré und Lammer sagen aus

Nürnberg, 16. April (dena) Im Verhör durch den öffentlichen Kläger, Landgerichtsrat Alfr. Mark, erklärte der Zeuge Schwerin-Krosigk, im Reichskabinett sei seinerzeit über die Einführung des „Mefowechsels“ gesprochen worden. Schacht sei auf jeden Fall an der „Erfindung“ der „Mefo-Wechsel“ maßgebend beteiligt gewesen. Anschließend verlas der öffentliche Kläger eine Denkschrift, die der Zeuge am ersten September 1938 an Hitler gerichtet hatte. Hierin hatte Schwerin-Krosigk auf die katastrophale Wirtschaftslage des Reiches sowie auf das Anwachsen der Reichsschuld auf 35,8 Milliarden Mark aufmerksam gemacht. Hierzu erklärte Schacht auf Befragen des öffentlichen Klägers, er habe diese Denkschrift im Wortlaut zwar nicht gesehen, sei ihm aber inhaltlich bekannt geworden.

Europäischer Staatenbund

Amsterdam, 16. April. (ap) Auf einer Tagung der europäischen Bewegungen für ein geeintes Europa in Amsterdam wurde am 15. April von den Delegierten eine Entschließung angenommen, die die Errichtung eines europäischen Staatenbundes als einzigen Weg für eine aufbauende und friedliche Zukunft sowohl Deutschlands als auch der anderen europäischen Länder empfiehlt.

Der Zoll für Privatpakete aus USA

Bremen, 16. April. (dena) Geschenkpakete aus den USA für Empfänger in Deutschland sind bis zum Gewicht von 100 Kilo und einem Warenwert bis zu 100 Mark grundsätzlich zollfrei. Eine Ausnahme bilden Tabakwaren, neue fertige Bekleidungsstücke und Schuhe. Care-Pakete und Cralog-Liebesgaben sind zollfrei.

Rudolf Höß wurde aufgehängt

Warschau, 16. April. (ap) Rudolf Höß, der für den Massenmord an vier Millionen Insassen des Vernichtungslagers Auschwitz verantwortlich war, wurde am 15. April durch den Strang hingerichtet.

Todesurteil im Lidice-Prozess

London, 16. April. (dena-Reuter) Nach einer Meldung von Radio Prag wurde der ehemalige Gestapo-Chef von Kladno (Tschechoslowakei) Harald Wiesmann, heute von einem Prager Gericht zum Tode verurteilt.

Attentat auf amerik. Soldaten

Frankfurt, 16. April. (ap) Die Frankfurter Militärpolizei meldete am frühen Mittwochmorgen, daß am späten Dienstagabend in der Nähe des Lufthafens Rhein-Main eine Handgranate aus einem verübenden deutschen Kraftwagen in eine Gruppe amerik. Soldaten geschleudert wurde. Nach Mitteilung der Polizei wurde niemand verletzt.

Deutschland kann sich nur ernähren, wenn es in die Lage versetzt wird, mit Export Nahrung zu kaufen

Von Februar bis April 300 000 t Getreidelieferung ausgeblieben, sagt Dr. Dietrich im Rundfunk

Getreidevorräte für 6 Wochen

Eintreffen von 120 000 t Getreide zusätzlich für den April zugesagt

Stuttgart, 16. April (dena) „Deutschland kann sich nur ernähren, wenn es in die Lage versetzt wird, zu exportieren und wenn es mit dem Ertrag seiner Exporte Nahrungsmittel kaufen kann“, erklärte am 15. April der Vorsitzende des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums Dr. Hermann Dietrich über Radio Stuttgart. Zur Versorgung der englischen und amerikanischen Zone und des englischen und amerikanischen Sektors von Groß-Berlin mit Brot und Nahrungsmitteln zu dem Satz von etwa 10 Kilo Brot und 1,5 Kilo Nahrungsmitteln je Zuteilungsperiode, werden monatlich rd. 450 000 t Mehl benötigt. Vor der wirtschaftlichen Vereinigung mit der britischen Zone war die Lage in der amerikanischen Zone verhältnismäßig einfach. Durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß veränderte sich die Lage entscheidend. Die Berechnungen des Ernährungsministeriums basieren auf der Annahme monatlicher Getreide-Einfuhren von etwa 300 000 bis 350 000 t Getreide. In den Monaten Februar bis April sind insgesamt 330 000 t ausgeblieben. Bis Ende Februar ist das Ablieferungs-soll wie folgt erfüllt worden: Württemberg-Baden: 93%, Hannover: 92%, Hessen: 79%, Schleswig-Holstein 88%, Nordrhein-Westfalen: 74%.

Vierzig-Jahres-Pakt-Debatte führt zum Stillstand der Verhandlungen in Moskau

Moskau, 16. April (dena) Außenminister Marshall forderte auf der Montagtagung des Außenministerrats laut Agenturmeldungen eine Entscheidung über den seinerzeit von dem ehemaligen Außenminister Byrnes vorgeschlagenen Vierzig-Jahres-Pakt zur Entmilitarisierung Deutschlands. Er schlug vor, Bevollmächtigte zur Aufnahme baldiger Verhandlungen über den endgültigen Text zu ernennen, und Bestimmungen in den Vertrag aufzunehmen, die eine periodische Revision ermöglichen. Der französische Außenminister Bidault begrüßte diesen Vorschlag und fügte hinzu, dieser Vierzig-Jahres-Pakt solle, wie in dem ursprünglichen Vertragsentwurf von Byrnes vorgesehen, noch vor Abschluß der Besetzung Deutschlands in Kraft treten. Der Vertrag solle auch dann, und zwar von der Großmacht durchgeführt werden können, falls die vierte Macht nicht zustimme. Der sowjetische Außenminister Molotow schlug eine Reihe von Zusätzen zum Bündnis vor, die dem vorgesehenen Pakt ein völlig anderes Gesicht geben würden.

Truman wünscht Änderung des Neutralitätsgesetzes

Washington, 16. April. (dena-Reuter) Präsident Truman schlug am 15. d. Mts. in einer an den amerikanischen Kongreß gerichteten Botschaft Änderungen im amerikanischen Neutralitätsgesetz vor, um der Regierung den Erlaß eines Ausfuhrverbots für Waffenlieferungen an nicht freundlich gesinnte Nationen zu gestatten.

Im Telegrammstil

Washington, Iran hat in Washington Verhandlungen abgelehnt wegen der Ankäufe amerikanischer Waffen und sonstiger Abrüstungsgegenstände für seine Armee (dena-INS). (ap) Das amerikanische Außenministerium bezeichnete das Treuhändersystem der UN und seine regionalen Maßnahmen als die bisher fortschrittlichsten Bemühungen zur Unterstützung von Völkern ohne Selbstregierung. (dena-Reuter) Das amerikanische Außenministerium gab am Montag bekannt, die Sowjetunion habe sich nach sechsmonatiger Aufforderung dazu bereit erklärt, in Verhandlungen über die Bereinigung ihres aus dem 40-Jahre-Pakt während des Krieges auf 11 100 000 000 Dollar auflaufenden Schuldkontos einzutreten. (ap) Die New Yorker Universität ernannte Graf Coudenhove-Kalergi, den Gründer und Präsidenten der pan-europäischen Union, zu ihrem Sondervertreter bei der 500-Jahrfeier der Universität Bordeaux am 21. Mai. (dena-INS) London. Englands Handelsminister gab am 15. d. Mts. im Unterhaus bekannt, daß ein Freitag eine britische Handelsmission nach Moskau gehen wird, um die von Außenminister Bevin anlässlich seiner Unterredung mit Stalin vorgeschlagenen Handelsbesprechungen aufzunehmen. (ap) Paris. General Charles de Gaulle hat am 14. d. Mts. offiziell angekündigt, daß er die Führung der „Sammlung des französischen Volkes“ übernimmt — einer Bewegung, die sich „die Reform des Staates“ zum Ziel gesetzt hat. (ap) Paris. Die Frage der Ruhrkohlen-Zuteilung, die Frankreich einen größeren Anteil an der Gesamtförderung geben soll, wird von französischen, amerikanischen und britischen Wirtschaftssachverständigen, die den Delegierten in Moskau angeschlossen sind, erörtert werden, melden diplomatische Kreise in Paris am Montag. (ap) Der ehemalige französische Botschafter der Vichy-Regierung bei Paris Fernand de Bréon, der kürzlich von einem

Kurz beleuchtet

Die Nationen sinken unter das zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft erforderliche Minimum. Wir stehen zwischen Ausaat und neuer Ernte mitten in einer aller anderen Fragen überörtlichen Ernährungskatastrophe. Der bionische Ernährungsvorsitzende Dr. Dietrich hat sie in Zürich und Zusammenhängen am Stuttgarter Radio beleuchtet. Davon werden die hungernden Millionen zwar nicht das Gewichte der Verantwortung gerecht verteilt. Dr. Dietrich ist Badener, war Minister im ersten badischen Kabinett 1918, Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister, enger Mitarbeiter Brüningers beim Plan, die ostelbischen Krautjunker zu entmachten. Darüber stürzte Brüning und er mit ihm, also sicherlich ein Mann guten Willens und von unbestrittener Sachkunde. Aber die Schwere fordert vom ganzen Volk noch Einiges dazu. Das Gegenteil von dem, was die meisten bisher gemacht haben, nämlich statt Auseinanderlaufen und im Kampf aller gegen alle sich zu verzehren, ein Zusammenstehen, eine große moralische Kraftanstrengung des gesamten Volkes, um die Unmoralischen und Sünder am Gemeinwohl lahm zu legen und dadurch die nervenzerreißende u. lebensbedrohende Zeitspanne der nächsten beiden Monate zu überwinden. Es kann nicht angehen, daß Arbeitskraft und das letzte Stück Lebensfreude bei Millionen, die nichts zum Tauschen haben, durch den Hunger zerstört werden und andere, Gewissenlosere und Gerissenerer können sich an der allgemeinen Volksnot vorbeidrücken. Im jetzt und sofort beginnenden Kreuz-zug gegen den Hunger kann es auch keine geographischen und partikularistischen Oasen geben. Leben, Gesundheit und Arbeitskraft eines jeden ist überall gleich wertvoll, weshalb das Gebot der Gerechtigkeit eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Last und Leid auf die Schultern aller, wo sie auch wohnen müssen, verlangt. W.B.

Fortsetzung auf Seite 2

NEUESTE NACHRICHTEN

Der Außenminister Italiens

Gesinnungstüchtige aber nicht großzügige Kritiker und Witzebelieben... stellen müssen. Das Verfassungsprojekt sagt nichts über die Amtsentlassung des Vorsitzenden des Ministerrates...

Man merkt diesen beiden Umständen an, daß die beiden Ursprünge in politischen Rechtskreisen haben, denen Graf Storza ein zu aufgeklärter, bis zur Grenze der gesellschaftskritischen Revolution fortschreitender Konservativer ist...

In Bereiche der faschistischen Diktatur sieht Storza geradezu mit mikroskopischer Genauigkeit die Diktatur des Nationalsozialismus voraus. Er ist eben der Typus des hochgebildeten Italiener, der die Hintergründe des Faschismus in ihrer Auswirkung auf die Volkseele auch da erspürte, wo sie für Fremde nicht leicht erfassbar sind...

Jetzt ist unerwartet dem Staatsmann Storza auch in dem reichstehenden Nuovo Giornale d'Italia ein Artikel gewidmet worden, der die Diktatur des Nationalsozialismus durch die Kommentierung eines Interviews, das der Außenminister diesem Blatt gewährte, bekanntlich ist...

Parteien und Verfassungsdebatte in Italien

Vor einiger Zeit hat das römische Hauptorgan der liberalen Partei Risorgimento Liberale als den Kernpunkt der inneren Lage Italiens die Vermeidung von Umständen bezeichnet, die das Land nochmals vor die furchtbare Wahl stellen würden...

Die sich noch über Wochen hinziehende Aussprache über den Verfassungsentwurf in der Konstituante ist ein Gradmesser des beträchtlichen Spannungsverhältnisses der politischen Auffassungen. Stendhals Wort, daß man bei der Beschäftigung mit einer Sisyphusarbeit fast ein religiöses Gefühl empfindet, entbehrt bisher noch der Verwirklichung im Ensemble der verfassunggebenden Nationalversammlung...

Skizzieren wir einige der Einwände, die gegen zahlreiche Artikel des Verfassungsentwurfes erhoben werden. So hat man die Machbefugnisse des Staatsoberhauptes (Artikel 79-85) als zu gering und gleichsam nur symbolisch eingeschätzt...

Gründe für die Ernährungskatastrophe

Stuttgart, 16. April (Eig. Bericht) - „Wir gehen in keine Ernährungs-katastrophe“, erklärte der Experte und beauftragte Leiter des Zweitesamtes für Ernährung und Landwirtschaft, Ministerialdirektor P. O. E. in der Rede des bizonalen Amtes...

Seit Mal 1946 besteht deutscherseits keine Übersicht mehr über die Importe. Wir mögten uns durch eine Krise, die latent sei und vorerst bleiben werde. Man müsse heute mit Recht daran zweifeln, ob man bei den 40 Mill. auf kleinem Raum zusammengedrängten Menschen noch mit einem einheitlich denkenden Volke zu tun habe...

In Fleisch, Milch, Fett, Kartoffeln und Zucker sind wir in der Hauptsache auf uns selbst angewiesen. Die Bevölkerung beider Zonen ist gewachsen, der Schweinebestand reichlich halbiert. In der englischen Zone hat seit Kriegsende ein Abbau bereits stattgefunden. In Bayern und Württemberg ist der Bestand noch so hoch wie 1938, aber seine Zusammensetzung hat sich geändert...

Der Buchenwald-Prozess wurde eröffnet

Dachau, 16. April. (dena) Vor einem Gericht der amerikanischen Militärregierung in Dachau begann am 11. ds. Mts. der Prozeß gegen 31 Angeklagte des Konzentrationslagers Buchenwald. Zu Beginn des Prozesses wurden sämtliche der 31 SS-Wachen, Ärzte, chem. Kapos sowie die angeklagte Frau des ersten Kommandanten von Buchenwald, Ilse Koch, nach Namen, Alter und Staatsangehörigkeit befragt...

Die Beweisaufnahme der Anklage wurde durch folgende Rede William D. Denon eingeleitet: „Heute vor zwei Jahren hat die siegreiche dritte amerikanische Armee Buchenwald befreit und damit eines der furchterlichsten Kapitel der Weltgeschichte an Grausamkeiten und Mißhandlungen beendet. Wir wollen in diesem Prozeß beweisen, daß diese einunddreißig angeklagten Teilnehmer an der Durchführung eines gemeinsamen Planes waren, als dessen Folgen Angehörige verschiedener Nationen der Tötung, Aushungerung und Mißhandlung ausgesetzt waren.“

Abg. Zimmermann's Antwort

Sehr geehrter Herr Schwerdtfeger! Ich danke Ihnen für die in der Nr. 42 vom 10. April gebrachte Berichtigung unter der Überschrift „Eine Erklärung des Abgeordneten Zimmermann.“ In dem Kommentar, den Sie in einer persönlichen Anrede an mich richteten, schreiben Sie, daß Sie „schon um die Namensnennung derjenigen Lizenzträger bitten müßten, die ich meine“. Diese Forderung kann, so bemerken Sie in Ihrem Brief, von Ihnen kaum als unbillig bezeichnet werden. Hätte die Presse den Parlamentariern des Württemb.-Badischen Landtags gegenüber ganz allgemein ein Zitat ähnlichen Sinnes benutzt, wie es das von Ihnen gebrauchte ist, so hätte sich wohl - und zu Recht - ein Entrüstungssturm im Parlament erhoben und man hätte sicherlich ohne Rücksicht auf die Immunität die Namen derer, die sich in diesem Sinne nicht Äußerungen wiedergeben, deren ehrenrühriger Charakter nicht zu bestreiten ist. Tut man es dennoch, liegt der Verdacht allzu nahe, daß man eine unbekommene Kritik gern mundtot machen möchte. Aber es sollte auch im Parlament nicht vergessen werden, daß alles, was man gegen die Pressefreiheit unternimmt, auch die Parteipresse treffen würde. Die Wiedereröffnung nach sich im gleichen Parlament mit aller Entschiedenheit einsetzt.“

Sie geben aus meiner Rede den Satz wieder: „Es gibt in der deutschen Presse ganz hervorragende und ehrenhafte Männer, die verdienen, daß man sich schämt, vor sie stellt, es gibt aber auch, und das kann nicht bestritten werden, Lizenzträger, die diesen Schutz nicht verdienen.“ Ja, ich habe wirklich die Absicht verfolgt, Spreu von Weizen, oder, wie

Deutschland kann sich nur ernähren, wenn

Zur Sicherstellung einer flüssigen Versorgung ist ein Getreidevorrat von 8 Wochen nötig. Die unterste, aber schon gefährliche Grenze ist die von 6-wöchiger Vorrat, wie wir ihn jetzt besitzen. Die Besatzungsmächte haben sich dieser Lage nicht verschlossen und uns Ende voriger Woche eröffnet, daß wir zu den laufenden bereits angekommenen und angekündigten Lieferungen für April in Höhe von 153 000 t Mehl und 35 000 t Getreide zusätzlich bekommen würden, die Ende April und Anfang Mai eintreffen werden.

In Fleisch, Milch, Fett, Kartoffeln und Zucker sind wir in der Hauptsache auf uns selbst angewiesen. Die Bevölkerung beider Zonen ist gewachsen, der Schweinebestand reichlich halbiert. In der englischen Zone hat seit Kriegsende ein Abbau bereits stattgefunden. In Bayern und Württemberg ist der Bestand noch so hoch wie 1938, aber seine Zusammensetzung hat sich geändert. Es gibt dort nur wenig Mastvieh und in der Hauptsache Kühe, Jungvieh und Kälber. Die Rationen in der amerikanischen Zone hätten daher, auch wenn diese Zone für sich gebildet wäre, gesenkt werden müssen. Der Gesamt-Großviehbestand Bayerns beträgt ohne Kälber 3.3 Mill. Stück. Das ist die einzige noch verfügbare Reserve.

Kriegsgefangene in Polen Berlin, 16. April. (dena) Feher Anton 18. 2. 02, Gauger Horst 10. 5. 26, Gauger Willi 29. 9. 99, Gaud Adam 11. 12. 10, Gaud Hans 5. 7. 15, Hangalender Josef 25. 11. 21, Hagemann Heinrich 18. 3. 09, Hagemann Hermann 9. 8. 01, Jakobs Johann 16. 1. 26, Jakobs Karl 30. 3. 19, Jakobs Werner 17. 2. 12, Jakob Wilhelm 2. 9. 26, Kalka Paul 2. 6. 23, Kalkreiner Josef 28. 6. 05, Gath Otto 29. 8. 04, Gath Peter 10. 2. 11, Hafener August 29. 12. 02, Hafener Jakob 25. 12. 07, Jakob Josef 7. 2. 09, Jakob Karl 12. 1. 29, Jakob Karl 9. 8. 11, Jakob Karl 17. 2. 12, Kaleska Hans 2. 9. 26, Kaleska Ernst 17. 3. 95, Kaleska Johann 24. 6. 09, Kalst Paul 24. 9. 03, Lang Heinrich 18. 7. 10, Habrich Herbert, 12. 7. 25, Hacke Friedrich 22. 11. 95, Iringer Maximilian 7. 7. 07, Irowy Hermann 28. 6. 25, Irrgang Alfred 7. 8. 11, Isabo Karl 21. 8. 05, Jahn Georg 16. 4. 11, Jahn Heinz 6. 12. 13, Jahn Helmut 17. 2. 12, Kahnt Kurt 5. 7. 09, Lammerding Gebhard 25. 11. 21, Lammerding Bernhard 20. 2. 05, Arthur 2. 3. 14, Lammerding Bernhard 20. 2. 05.

Interessantes in Kürze

Der „internationale Eisbrank“. Vizeadmiral Richard E. Byrd, der Leiter der amerikanischen Südpol-Expedition, die nach einem dem-INS-Meldung jetzt aus der Antarktis zurückgekehrt ist, erklärte, durch seine Expedition seien über 24 Millionen Quadratkilometer bis dahin unbekanntes Gelände entdeckt und fotografiert worden. Die Antarktis könne unter Umständen zu einem internationalen Eisbrank werden, der die Produktion von Nahrungsmitteln für den Bedarf in kritischen Jahren aufbewahren könne.

„Queen Elizabeth“ auf Grund gelaufen. Das größte Schiff der Welt, der britische 85 000 t Transatlantikdampfer „Queen Elizabeth“ mit 25 000 Passagieren, wurde am 14. ds. Mts. gerettet, wurde, ist nach Meldung von dena-Rede, in der Nähe von Southampton auf Grund gelaufen. Ein Teil der Norddeutschen Seebäder in erster Linie die Bäder an der Westküste Schleswig-Holsteins, werden in dieser Saison ein Badebetrieb wieder aufnehmen, wie ap. meldet.

Ich kann also nicht anerkennen, daß das, was ich gesagt habe, die „Pressefreiheit“ einschränke. Ich will die Pressefreiheit nur nicht mißbraucht sehen. Die Art, wie man meine Rede behandelt hat, läßt tief blicken, um nicht mehr zu sagen. Diejenigen, die die Presse kritisieren, müssen wissen, daß die neue deutsche Presse eine gute Presse sein muß. Die Presse darf nicht zur Brunnenvergiftung beitragen. Sie muß sich eine öffentliche Kritik gefallen lassen. Der Wille zur Redlichkeit und zum Respekt vor der Meinung des Anderen muß auch dann gewahrt werden, wenn es sich um Dinge handelt, die Selbstkritik und Selbstbeherrschung erfordern. Nur die Wahrheit wird uns freimachen. Mit der Versicherung ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr Zimmermann.

Feststellung zur Sache Der Erwiderung des Herrn Landesdirektor Zimmermann, M.D.L., haben wir gern Raum gegeben. Wir beschränken uns darauf, zu der Antwort folgendes festzustellen: 1. Die zugegebene Absicht, Spreu von Weizen zu trennen, beweist, daß das wiedergegebene Zitat von Kaiser-Blüth die Lizenzpresse treffen sollte, und zwar 60 bis 70 Prozent der in ihr tätigen Männer, die nach der Rede von Herrn Landesdirektor Zimmermann „in eine Redaktion gekommen wären“. Der Aufforderung zur Namensnennung wird auch in dem obigen Brief nicht entsprochen. 2. Die Ansicht, die Parlamentarier würden ein etwa auf sie gemünztes Zitat, daß zahlreiche von ihnen normalen Rechtsempfinden nach in einer Gefängniszelle sein müßten, mit Selbstkritik und Humor aufgenommen haben, widerlegt

Länderrat und parlam. Beirat bei der Gesetzgebung gehört

Stuttgart, 16. April. (dena) Die 19. Tagung des Länderrates wurde am 15. April durch den hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock eröffnet. Der Länderrat und der parlamentarische Beirat diskutierten eine Verordnung über den Warenverkehr in der gewerblichen Wirtschaft. Erich Roßmann, General-Sekretär des Länderrates, betonte, dies sei der erste Fall, in dem der parlamentarische Rat und der Länderrat bei der Verabschiedung bizonaler Gesetzgebung gehört werde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die beiden Räte nur gehört würden, aber keinen Beschluß fassen könnten. Auf diesem Wege würdigen, sagte der Bremer Senatpräsident Wilhelm Kaim, deutsche Stellen wieder in eine Gesetzgebung eingeschaltet, die früher Reichsangelegenheit war.

Stuttgarter Zeitung gegen Kamm

Stuttgart, 16. April. (dena) In einer Erklärung, welche die „Stuttgarter Zeitung“ am 15. April zu der Anschuldigung gegen Minister Kamm von seinen ehemaligen SPD-Mitgliedern Willy Kern veröffentlichte, heißt es, die Herausgeber hätten die Öffentlichkeit von den Vorgängen unterrichtet müssen, um so Minister Kamm zu seiner Ehrenrettung zu zwingen. Die Bemühungen der „Stuttgarter Zeitung“, die Klärung der Sache ohne größeres Aufsehen herbeizuführen, wurden am 8. April mit der mündlichen Mitteilung eines prominenten Mitglieds der Landesleitung der SPD dahingehend beantwortet, daß Kamm damals zwar mit der Ablegung von Zeitungsgeheimnissen der „Schwäbischen Tagzeitung“ in Verzug gekommen sei, dann aber wegen der daraus entstandenen Auseinandersetzungen seine Ämter aus Verärgerung niedergelegt und später die fehlenden Beträge ersetzt habe.

Die „Stuttgarter Zeitung“ hätte ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit verletzt, wenn sie zu der Tatsache, daß ein Minister Württembergs-Badens eine solche Anschuldigung hinnimmt und der bei seinem Amte ebenso notwendigen wie selbstverständlichen gerichtlichen Abwehr ausweicht, geschwiegen hätte.

Die Ernährung Deutschlands

Fortsetzung von Seite 1. tragar werde und die Preisstruktur eine Geldreform unerlässlich mache, sei mit einer Lösung dieser Frage durch die amerik. Militärregierung zu rechnen. In eine evtl. Arbeitsverpflichtung für den Wiederaufbau durch deutsche Behörden wurde die Militärregierung nicht eingreifen. Die Zwangsverschleppen in der US-Zone Eine Änderung der amerik. Politik gegenüber den Verschleppten in der amerik. Zone gab General Clay im Verlauf der Pressekonferenz bekannt. Danach werden nach dem 21. April 1945 keine Verschleppungen mehr in Lager der amerik. Zone aufgenommen. Die Rechte der 160 000 Verschleppten außerhalb der Lager in der amerik. Zone würden durch die neue Regelung nicht beeinflusst. Auf die Frage eines deutschen Pressevertreter, ob es nicht möglich wäre, daß bei Wohnungsbeschlagnahmen durch die Militärregierung die deutschen Bewohner mit im Hause bleiben dürften, wie das in der brit. Zone bereits der Fall sei, erklärte General Clay: „Das wäre weder für die Amerikaner noch für die Deutschen gut.“ Ein deutscher Journalist stellte fest, daß nach Kriegsende deutsche Waffenfabriken und Forscher nach den USA gerüstet seien und fragte, wann deutsche Journalisten wenigstens ein Teil dieser Vorzüge gewährt werde. General Clay antwortete: „Ich wollte, ich könnte Ihnen das beantworten. Es ist lediglich eine Frage des Devisenmanagements.“ General Clay betonte, daß die amerik. Nachrichten-Kontrollbehörde auch dann ihre Funktionen weiter ausüben werde, wenn die Lizenzierung von deutschen Zeitungen durch deutsche Institutionen erfolge.

„Bezüglich unserer Veröffentlichung unter „Stimmen der Parteien“ vom 10. 4. 1945 ist folgende Richtigstellung notwendig.“ Der genannte Herr W. v. M. ist nicht Inhaber der Druckerlei, sondern nur Angestellter. Die Herkunft der Marken hat sich herausgestellt und gezeigt, daß diese von einer offiziellen Stelle stammen. Damit dürfte erwiesen sein, daß die Marken nicht „direkt“ in den Verkehr kamen und vor allem die Belegschaft der Druckerlei in keiner Weise verächtlich werden kann, da die Herstellung unter den hierzu notwendigen Maßnahmen (Aufsicht usw.) erfolgt. Ferner wurde festgestellt, daß der an die Belegschaft der Firma ausgegebene Kundstempel bereits seit 2 Monaten im Betrieb lagerte und in kleinen Mengen aufgeteilt, an diese ausgegeben wurde.

Stimme der Parteien

Ein Vorschlag zur Beschaffung von Gartenerzeugnissen. Nachdem nun das Landratsamt an die Gemeindeverwaltungen zwecks zur Verfügungstellung von Gartenerzeugnissen herangezogen ist, wurde ein Problem, das eine schwer zu lösende Frage stellt. Bei dem Z. Zt. vielen Gemeinden noch zur Verfügung steht, ist die Frage, ob die Wieser für den Farrenstall, dürfte es in der Aufteilung des Bodens meist um Gelände handeln, das sich für den Ackerbau nicht eignet, aber für den Gemüsebau zu Zwecken der Futterbeschaffung liegen bleibt. Kein Ertrag versprechender Boden lohnt aber schon in voraus die Mühe des Kleingärtner. In einer Gemeinde gingen Bürgermeister und Ortsbeauftragter nun dazu über, Allmendeländchen, die bisherige Benutzung der Pächter, für Neubürger aufzuteilen. Daß dadurch eine Beunruhigung hervorgerufen wurde, erscheint begründet, denn die dortigen Pächter sind meist langjährig in der Boden ertragreich gestaltet und sollen nun plötzlich bei ihrer Kalkulation zur Frühjahrssaat vor einem neuen Pächter stehen. Eine Überprüfung hat ergeben, daß die derzeitigen Pächter der Grundstücke auch nur für den Forstbau in Anspruch genommen sind also ebenso wie die Neubürger, darauf angewiesen.

Berichtigung der KPD

„Bezüglich unserer Veröffentlichung unter „Stimmen der Parteien“ vom 10. 4. 1945 ist folgende Richtigstellung notwendig.“ Der genannte Herr W. v. M. ist nicht Inhaber der Druckerlei, sondern nur Angestellter. Die Herkunft der Marken hat sich herausgestellt und gezeigt, daß diese von einer offiziellen Stelle stammen. Damit dürfte erwiesen sein, daß die Marken nicht „direkt“ in den Verkehr kamen und vor allem die Belegschaft der Druckerlei in keiner Weise verächtlich werden kann, da die Herstellung unter den hierzu notwendigen Maßnahmen (Aufsicht usw.) erfolgt. Ferner wurde festgestellt, daß der an die Belegschaft der Firma ausgegebene Kundstempel bereits seit 2 Monaten im Betrieb lagerte und in kleinen Mengen aufgeteilt, an diese ausgegeben wurde.

Journalistische Berufsethik

1. Wir glauben, daß Journalismus ein ehrenvoller Beruf ist, der im Dienste der menschlichen Gesellschaft eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen hat. 2. Wir glauben, daß der Erfolg der Demokratie von einer gesunden öffentlichen Meinung abhängt und daß die Zeitungen durch Veröffentlichung der wichtigen Nachrichten und durch redaktionelle Erläuterungen in Leitartikeln dazu beitragen sollen, eine gesunde öffentliche Meinung zu schaffen und zu erhalten. 3. Wir glauben, daß die Zeitungen die Wahrheit berichten sollen, die volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit in allen Angelegenheiten, die für die Leser als Staatsbürger und als Glieder der Gemeinschaft und Gesellschaft von Bedeutung sind. 4. Wir glauben, daß eine Zeitung, die ins Haus mitgenommen wird, nicht enthalten soll, das nicht im Familienkreis laut vorgelesen werden könnte. 5. Wir glauben, daß Berichte über Verbrechen, Skandale und Laster so gehalten sein sollen, daß sie die Leser abschrecken. Dem Beispiel des Bösen zu folgen. 6. Wir glauben, daß alle Einzelpersonen und Verbände ein Anrecht darauf haben, in den Spalten der Zeitung fair behandelt zu werden. 7. Wir glauben, daß niemand das Recht hat, Angewandten, Volkspolitikern öffentlich zu erörtern, sofern das öffentliche Interesse nicht berührt ist. 8. Wir glauben, daß keine Reklame und Propaganda veröffentlicht werden soll, wenn diese nicht Informationen bringt, die zu erfahren die Leser ein Anrecht haben. Bei allen solchen Veröffentlichungen soll die Quelle deutlich angegeben werden. 9. Wir glauben, daß der Autor des Leitartikels bemüht sein soll, die Wahrheit darzustellen, wie er sie sieht, doch frei von Vorurteil, Voreingenommenheit und Parteilichkeit. 10. Wir glauben, daß nur solche Zeitungen die Unterstützung der Allgemeinheit verdienen, die in ihrer Berichterstattung und in ihren Leitartikeln die höchsten Anforderungen der Wahrheit, der Redlichkeit und des Anstandes erfüllen. (Nach Bleyers „Code of ethics for Journalism“, Wisconsin 1925)

Auf dieser Erde aber erlöst nicht die Aske und nicht die Tat. Immer bleibt ein unlösbarer Rest. Und Sie erkennen es an Ihrer Unzufriedenheit. Man geht in die Aske, nachdem die Grobheit des Tuns offenbar geworden ist, und man schwört auf die Tat, nachdem man sich die Unfruchtbarkeit der Aske erwiesen hat. Flake „Fortuna“, II. Band.

